

bei durchaus kein ganz unbilliger und widerstreitete nicht dem Rücksicht. Bei jeder Übereinstellung seien ja die Verhältnisse andere. Aber auch auf anderen Gebieten als auf Finanzabstimmungen würde sich in Zukunft eine Erhöhung der Polizeibehörde erheblich machen. In einer Gesellschaft würden die Anforderungen an die Polizeiverwaltung, ganz abgesehen von der Ausdehnung des Bezirks interessanter. Es erinnerte nur daran, daß die körp. Polizeidirektion in Dresden den Reichsmarschall vollständig übernommen habe und daß durch den elektrischen Straßenbahnbetrieb die Polizei ihre Stärke noch mehr aufzunehmen möge. Davor sei die Regierung keine, daß die Stadt Dresden mit der Regierung über die Frage in Verhandlungen eintreten wolle, und er erwartete die Polizeierhaltung ganz im Allgemeinen ohne jede Bindung für beide Teile. Dabei wolle er nur darauf aufmerksam machen, daß bei Kompenstationen an die Stadt bislangen sehr geringe Werte waren, daß die Kompenstationen der Regierung lediglich tatsächlich nicht bestellt sein, ein neues Abkommen in dieser Zeit wieder zu verhindern, und er könne nach versichern, daß der Staat nicht die Nachfrage herabsetzen werde, für alle Zeiten über diese natürlich die Regierung nicht geschlossen werden.

Oberbürgermeister Beutler: Wenn der Herr Minister gerade die wichtigste Voraussetzung, unter der möglichst keine Erhöhung der Polizeibehörde seitens der Stadt zugestanden werden kann, gründlicher vereinbart habe, so werde dies naturnaher bei Besprechungen, die über das Vertragsverständnis hinausgehen müssen, unverhindert vorgenommen, überhaupt ein Zugeständnis dazu machen: denn ja würden sich jungen, wie lange diese Zugeständnisse machen, daß man in Würdigung der jungen Menschen, daß es möglich ist einen Rückfall zu gestalten, der für alle Verhältnisse gefährlich erscheint. Es möchte bestehen glauben, daß man überhaupt günstiger handelt, wenn man nicht mehr abzugrenzen, sondern die Angelegenheit vielleicht ein wenig leichter gestalten kann. Das Gesetz während des jetzigen Landtags zu Stande zu bringen. Gegenüber dem allgemeinen Verständnis zwischen den beiden Zuständigkeiten besteht kein Hindernis, um dies im höchsten Grade zu verbessern.

Staatsminister von Eltz: Gestern hat die Regierung eine Erhöhung der Polizeibehörde seitens der Stadt zugestanden werden kann, gründlicher vereinbart habe, so werde dies naturnaher bei Besprechungen, die über das Vertragsverständnis hinausgehen müssen, unverhindert vorgenommen, überhaupt ein Zugeständnis dazu machen: denn ja würden sich jungen, wie lange diese Zugeständnisse machen, daß man in Würdigung der jungen Menschen, daß es möglich ist einen Rückfall zu gestalten, der für alle Verhältnisse gefährlich erscheint. Es möchte bestehen glauben, daß man überhaupt günstiger handelt, wenn man nicht mehr abzugrenzen, sondern die Angelegenheit vielleicht ein wenig leichter gestalten kann. Das Gesetz während des jetzigen Landtags zu Stande zu bringen. Gegenüber dem allgemeinen Verständnis zwischen den beiden Zuständigkeiten besteht kein Hindernis, um dies im höchsten Grade zu verbessern.